

Unabhängige Bauernzeitung



Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

61. Jahrgang / Heft 138 • www.ubv.at • Dezember 2021

Der Narr tut, was er nicht lassen kann, der Weise lässt, was er nicht tun kann.

Sprichwort

Wir wünschen euch und
euren Familien
frohe Weihnachten,
erholsame Feiertage
sowie viel Glück
und Gesundheit
für 2022!

2021 - das Jahr des UBV



KR ÖR Johann Großpötzl, Organisationsreferent

In vier Bundesländern – Steiermark, Oberösterreich, Tirol und Kärnten – fanden heuer Landwirtschaftskammerwahlen statt. Und überall gab es nur einen Sieger, den Unabhängigen Bauernverband (UBV). In Tirol und Kärnten trat der UBV erstmals zur LK-Wahl an und ist auf Anhieb in die Kammer eingezogen. Wir sind nun mit 28.795

Stimmen und 21 Mandaten (2009 waren es 2 Mandate) die klare Nummer 2 bei den Bauernvertretungen in Österreich. In Oberösterreich hat der UBV auf Ortsebene von 28 Ortsbauernausschussmitglieder auf 521 aufgestockt und ist in der Kammer mit 7 Kammerräten vertreten. Auch in der Steiermark konnte der UBV sich in Prozenten deutlich steigern, das Ergebnis an Mandaten blieb aber – aufgrund einer Änderung der Wahlordnung – gleich.

Dass es noch Potenzial nach oben gibt, zeigen uns die Bezirke Schwaz (Zillertal) mit 35,8 %, Schärding mit 29,26 % und Grieskirchen mit 28,83 %. Bei den aktiv wirtschafteten Betrieben hat der UBV gefühlt die absolute Mehrheit. Viele Bauern haben bereits erkannt, dass eine effektive Agrarpolitik nur überparteilich und unabhängig möglich ist. Parteipolitische Vorfeldorganisationen (BB, FP- und SP-Bauern, Grüne) dienen nur der jeweiligen Partei und haben sich untermordnen.

Kärnten

Kammerwahl: UBV mit beeindruckendem Überraschungserfolg

Erstmals trat in Kärnten der Unabhängige Bauernverband/Liste Heimo Urbas bei der Landwirtschaftskammerwahl an. Mit landesweit knapp 6 Prozent und somit 2 Sitzen in der Landwirtschaftskammer wurde die Neuausrichtung der Berufsvertretung mit den Schwerpunkten Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit der landwirtschaftlichen Betriebe von 1333 Bäuerinnen und Bauern unterstützt.

Am 7. November 2021 mit Vorwahltermin 29. Oktober 2021 waren die Mitglieder der Landwirtschaftskammer Kärnten aufgerufen, ihre Landesvertretung neu zu wählen. Sechs Fraktionen stellten sich zur Wahl. Als Sieger ging der Unabhängige Bauernverband (UBV) hervor. Spitzenkandidat Heimo Urbas trat zum ersten Mal bei den Wahlen zum Kärntner Bauernparlament an und konnte auf Anhieb 5,98 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen, das entspricht zwei Mandaten. Diese verlor die Freiheitliche und Unabhängige Bauernschaft. Sie erhielt nur 7 statt bisher neun Mandate. Die Grünen Bauern konnten ihr Ergebnis um 20 Stimmen verbessern. Einzig und allein die Liste Urbas konnte ein starkes Plus von 1333 Stimmen verbuchen.

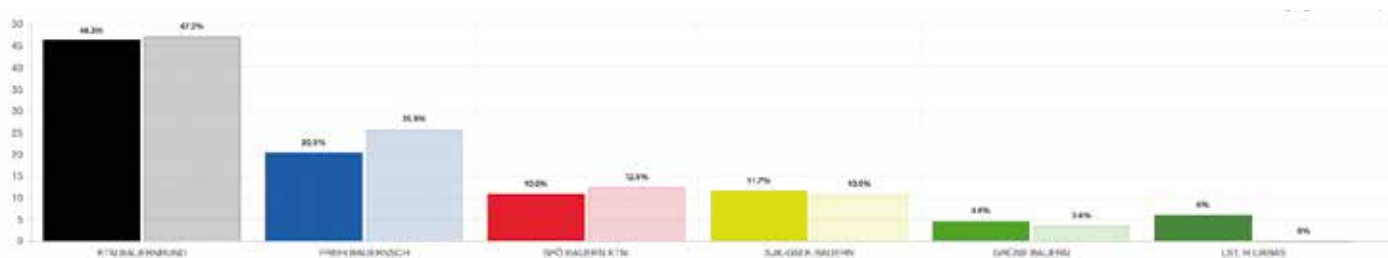
Bei den übrigen Fraktionen kam es dagegen nur zu geringfügigen Änderungen. Mit Stimmenverlusten von insgesamt 7392 mussten sich vier Fraktionen zufriedengeben. Die stärkste Fraktion erreichte 46,31% der Stimmen. Damit erreichte Spitzenkandidat Siegfried Huber nicht sein Ziel, trotz einer größeren Anzahl an jungen Bäuerinnen und Bauern sowie Kandidatinnen unter den vorderen Listenplätzen mehr Stimmen auf sich zu vereinigen. Mit 18 Mandaten erhielt er dennoch so viele wie bisher. Trotz leichter Verluste behaupteten die SPÖ-Bauern ihre bisherigen 4 Mandate. Ebenso viele erhielt auch die Gemeinschaft der Kärntner Bäuerinnen und Bauern/SJK. Ein kleines Plus verbuchten die Grünen Bäuerinnen und

Bauern und konnten ihr bisheriges Mandat behaupten.

Mandatsverteilung

Liste	Mandate
Kärntner Bauernbund - Liste Siegfried Huber	18
Freiheitliche und Unabhängige Bauernschaft	7
SPÖ Bäuerinnen und Bauern Kärnten	4
SJK - Gemeinschaft der Kärntner Bäuerinnen und Bauern / Skupnost Južnokoroških kmetov in kmetov	4
Grüne Bäuerinnen und Bauern	1
Liste Heimo Urbas / Österr. Unabhängiger Bauernverband - UBV / Kärnten	2

Mandatsverteilung
(Quelle: www.ktn.gv.at/wahlen/lwkwahl2021)



Landwirtschaftskammerwahl, 7. November 2021



Kärnten Gesamt - endgültiges Ergebnis 132 von 132 Gemeinden wurden ausgezählt						
Wahlberechtigte: 62.523		Wahlbeteiligung LW2021: 36,02%				
		Wahlbeteiligung LW2016: 39,85%				
Partei	LW2021		LW2016		Differenz	
	Stimmen		Stimmen		Stimmen	
Gesamt	22.521		28.687			
Ungültig	212		339			
Gültig	22.309		28.348			
- KTN.BAUERNBUND	10.332	46,31%	13.367	47,15%	-3.035	-0,84%
- FREIH.BAUERNSCH	4.580	20,53%	7.322	25,83%	-2.742	-5,30%
- SPÖ.BAUERN.KTN.	2.429	10,89%	3.542	12,49%	-1.113	-1,60%
- SJK-GM.K.BAUERN	2.602	11,66%	3.104	10,95%	-502	0,71%
- GRÜNE.BAUERN	1.033	4,63%	1.013	3,57%	20	1,06%
- LST.H.URBAS	1.333	5,98%				

Die Ergebnisse der Kärntner Kammerwahl (Quelle: www.ktn.gv.at/wahlen/lwkwahl2021)

Wahljahr 2021 abgeschlossen – UBV Österreichweit auf Platz 2

Auf Antrieb und ohne Parteiapparat erzielte Heimo Urbas 6 % und zwei Mandate bei der Landwirtschaftskammerwahl in Kärnten. Besonders hervorzuheben sind die Bezirke Spittal an der Drau mit 11,1 %, Feldkirchen mit 8,9 % und Wolfsberg mit 7,5 %. In den Gemeinden Krems, St. Urban, Malta, Großkirchheim und Berg im Drautal erreichte die Liste Urbas bis zu 27,75 %. In anderen Regionen, wo der Spitzenkandidat Heimo Urbas nicht so intensiv aufgetreten war, waren die Ergebnisse eher unterdurchschnittlich. Das zeigt: intensive Sacharbeit zahlt sich aus, der Kontakt ist wichtig. Es reicht nicht einfach nur auf jung und weiblich zu setzen.

Die Wahlbeteiligung lag heuer bei mageren 36,02 %. Damit sank die Wahlbeteiligung um rund 3,8 Prozentpunkte. Der Unabhängige Bauernverband ist somit in 6 Landwirtschaftskammern vertreten.

Das waren die zentralen Forderungen:

Keine Abgabenerhöhungen

Ständig neue Forderungen, die zu laufenden Ausgabenerhöhungen und finanziellen Mehrbelastungen (Einheitswerterhöhung) führen – die Einrechnung von einem Drittel der öffentlichen Gelder – auch von der eigenen Vertretung gefordert – darf in der bäuerlichen Berufsvertretung keinen Platz haben.

Inflationsabgeltung gefordert

Die Forderung nach Inflationsabgeltung bei den öffentlichen Zahlungen muss zentrales Thema der Berufsvertretung sein. Die Inflation beträgt seit 1995 35 Prozent. Also müssten die öffentlichen Zahlungen bis heute um 35 Prozent gestiegen sein.

Liquidität der Betriebe sichern

Die Zahlungsfähigkeit der bäuerlichen Betriebe muss gewährleistet sein. Wenn wir laufend die Ausgaben erhöhen und keine Einnahmensteigerung erzielen, führt das zur Zahlungsunfähigkeit der Betriebe. Das kann nicht unser Ziel sein!

Die besten Ergebnisse:

Aus dem Bezirk Spittal (Bezirksergebnis 11,14 %)

Irschen	13,85 %	Platz 2
Berg im Drautal	22,22 %	Platz 2
Dellach im Drautal	17,17 %	Platz 3
Grosskirchheim	20,48 %	Platz 2
Gmünd	11,00 %	Platz 3
Krems	27,75 %	Platz 3
Lurnfeld	16,36 %	Platz 3
Malta	21,21 %	Platz 2
Millstatt	11,11 %	Platz 3
Mörtschach	12,37 %	Platz 2
Oberdrauburg	10,31 %	Platz 3
Obervellach	13,33 %	Platz 3
Rangersdorf	12,39 %	Platz 3
Rennweg	16,49 %	Platz 2
Seeboden	13,16 %	Platz 3
Trebesing	12,50 %	Platz 3

Bezirk Wolfsberg (Bezirksergebnis 7,54 %)

Bad St. Leonhard	8,36 %	Platz 3
Preitenegg	9,09 %	Platz 3
St. Andrä	11,30 %	Platz 3

Bezirk Feldkirchen (Bezirksergebnis 8,92 %)

Gnesau	11,94 %	Platz 3
Himmelberg	10,47 %	Platz 3
St. Urban	24,26 %	Platz 3

Bezirk Villach Land (Bezirksergebnis 4,28 %)

Arriach	11,45 %	Platz 3
Ferndorf	13,64 %	Platz 3

Bezirk St. Veit an der Glan (Bezirksergebnis 5,51 %)

Brückl	10,85 %	Platz 3
Liebenfels	16,97 %	Platz 3

Unsere Mandatsträger



Heimo Urbas, geb. 1969, Mutterkuhalter, Forst- und Almwirt aus Eisentratten (Bezirk Spittal an der Drau)



Hermann Eberhard, geb. 1968, Mutterkuhalter mit Fleischrinderzucht der Rasse Charolais aus St. Urban/Liebenfels (Bezirk Feldkirchen/St. Veit an der Glan)

UBV Steiermark



LKR Johann Ilsinger,
Berg- und Almbauer,
Direktvermarktung, Unternehmer

Neue Wege oder weiter eine bittere Ernte?

Die UBV Steiermark Klausur machte deutlich: Die Sorgen des UBV gegenüber der neuen GAP sind absolut berechtigt. Die neue GAP ist kein Werk, das einen Aufbruch für unseren Berufsstand bedeutet. Im Gegenteil, es drohen Stillstand, Hürden ohne Ende und die Fortsetzung des dramatischen Bauernsterbens.

Die Bauernzukunft ist damit vielfach zum Scheitern verurteilt. Weil man als Bauernvertretung nicht jene Spielregeln und Rahmenbedingungen auf den Tisch bringt, welche die Bauern brau-



Bei der UBV Steiermark Klausur waren auch UBV NÖ Obmann Herbert Hochwallner (2.v.l.) und UBV Tirol Obmann Alfred Enthofer (2.v.r.) interessierte Gäste mit interessanten Beiträgen.

chen. Es werden seit dem EU Beitritt mehr oder weniger schweigend die untauglichen Spielregeln akzeptiert bzw. abgenickt.

Man versteckt sich hinter der EU - man könne nichts machen. Wenn man nichts ändern will oder kann, wofür gibt es dann die Posten mit den sehr üppigen Gagen? Wenn man die Spielregeln akzeptiert, welche unsere Existenzen zerstören, damit Aktionäre und Manager von Konzernen jährlich ihre Millionen-gewinne auf Kosten der Land- und Forstwirte abfeiern, dann sind jene, die dabei mittun, für das Vernichten der Existenzen unserer Bauern verantwortlich.

Es ist eine Schande, dass die Einkommen der Bauern derart niedrig sind. Sie schufteten - oft unter Lebensgefahr - auf den steilen Hängen oder im Wald. Wenn sie dann ins Brieftascherl schauen, ist kaum Geld da. Weil es für die harte Arbeit und die erbrachten Leistungen zu wenig Geld gibt bzw. diese schlecht bezahlt werden!

Wir haben kürzlich gerechnet, was man verkaufen muss, um eine Rechnung in der Höhe von 1.000 Euro bezahlen zu können. Das Ergebnis ist erschütternd, siehe Beitrag dazu. Der dramatische Kaufkraftverlust - weil unsere Erzeugerpreise unmoralisch niedrig sind, ist sofort zu stoppen bzw. auszugleichen.

Wollen wir nicht weiter eine bittere Ernte einfahren, braucht es neue Wege. Das fordern wir seit 2018 mit dem UBV Programm ein. Wir müssen über neue Wege reden, diskutieren, in Umsetzung bringen. Es geht nicht um Eitelkeiten, sondern um die Bauern. Diese brauchen eine echte Abgeltung aller erbrachten Leistungen. Ohne weitere Ausreden. Wir suchen nicht Schuldige, wir suchen und brauchen Lösungen. Für unsere Jungen, für unsere Betriebe.

GAP ab 2023: Weniger Auflagen und Kosten

Bei der UBV Steiermark Klausur, umrahmt vom prächtigen Panorama der Planner Alm am Planner Berghaus - zum Thema „GAP 2023 – was wird uns erwarten“ sowie zum zentralen Thema: "Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik" wurde im Zuge des Vortrages von August Strasser von der LK Steiermark deutlich: Es wird für die Bauern insgesamt weniger Geld geben, dafür mehr Aufwand, mehr Auflagen, mehr Kontrollen und mehr Bürokratie!

August Strasser präsentierte die zu erwartenden Fakten mit der neuen GAP. Wer diese aus Sicht von Österreich verhandelt hat, wurde nicht klar. Bewusst wurde aber, dass es weniger Geld für die Bauern gibt. Und die Auflagen steigen - es gibt keinen Bürokratieabbau!

Wer hat die GAP verhandelt?

Zu den Darstellungen von Strasser wurde von den Teilnehmern aus der Steiermark mit Gästen aus NÖ, Tirol und OÖ in der Diskussion kritisch angemerkt, dass es keine echte betriebswirtschaftliche Gesamtbetrachtung gibt. Die GAP wird als Ursache rund um das Bauerndilemma definiert. Die „Ausgleichszahlungen“, die seit 1995 ohne Inflationsausgleich mit immer mehr Auflagen bezahlt werden, sind bei vielen Betrieben oft das einzige nennenswerte Einkommen! Bei zu vielen Betrieben sind die Erträge (Einkommen aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse) derart schlecht, dass eine komplette Abhängigkeit von öffentlichen Geldern besteht. Dazu kommt, dass diese Gelder bei weitem nicht jenen Ausgleich schaf-

weniger Geld, mehr Aufwand, Kontrollen



Die GAP Verhandlungen sind die Lohnverhandlungen für die Land- und Forstwirte für 7 Jahre!! Es gibt zur GAP ab 2023 wieder weder eine Inflationsabgeltung noch eine Gehaltserhöhung bei Ausgleichszahlungen, weil die Gelder gekürzt werden! Kein Berufsstand akzeptiert dies! Wir Bauern wollen dies auch nicht mehr schweigend hinnehmen.

fen, der durch die Preisspirale nach unten bei den Erzeugerpreisen entsteht. Das bringt die Bauern bzw. ihre Höfe vielfach um ihre Existenz.

Die jungen Referenten bei der von Hans Ilsinger und Hans Herbst vorbildlich organisierten Veranstaltung sprachen ungeschminkt ihre Erwartungshaltungen an die Politik an. Ohne echte Spielregeln, wie dies derzeit der Fall ist, sind die Hürden für die Bauern unakzeptabel hoch. Harald Buchsteiner, Martin Pfei-

fer, Gottlieb Wallner, Thomas Schellnegger und Werner Paar brachten mit ihren frischen Gedanken viele Probleme für die Bauern auf den Punkt.

Die GAP in der aktuellen Form ist für junge Bauern eine Themenverfehlung und nicht Mut machend. Die im Zuge der UBV Klausur erweiterte Version des UBV Programmes wurde von den Teilnehmern als praxistauglich und zukunftsweisend bewertet.



BKR Harald Buchsteiner
Rinder- und Almbauer, Schladming



BKR Thomas Schellnegger
Rinder, Schweine, Ackerbau, Forst, Kainbach bei Graz



BKR Martin Pfeiffer
Obstbauer, Sinabelkirchen



BKR Werner Paar
Obstbauer, Markt Hartmannsdorf



BKR Gottlieb Wallner
Rinder, Almbauer, Forstwirt, Direktvermarkter, Krakauschatten

„Wir WOLLEN und KÖNNEN nicht mehr länger von der Substanz leben!“

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik
Landwirtschaft neu denken und gestalten = ökosozial leben

Wir brauchen eine echte Leistungsabgeltung und Spielregeln:

- Mind. 900 Euro/ha Leistungsabgeltung für die Gestaltung von Kulturland
- Mind. 200 Euro/ha Leistungsabgeltung für die Erzeugung von Sauerstoff und die Bindung von CO₂
- Maximal 100 % Preisaufschlag für den Lebensmittelhandel (LEH) bei Lebensmitteln
- Kontrolle von Lebensmitteln beim Grenzübertritt – kontrolliert von AK, AMA und LK
- Produkt-Herkunft-Kennzeichnung für Lebensmittel im LEH und in der Gastronomie sowie bei Holz
- Inflationsabgeltung bei Ausgleichszahlungen und Erzeugerpreise – rückwirkend auf mindestens 10 Jahre – (Inflation seit EU-Beitritt fast 60 %)
- Verbot des Imports und des Verkaufs von Lebensmitteln, welche nicht die gleichen Auflagen bei der Produktion haben wie wir oder wofür Urwald gerodet wurde

Wir suchen nicht Schuldige, sondern Lösungen! Programm: www.ubv.at



LKR Johann Herbst, Stv. Landesobmann STMK und Vizepräsident UBV Österreich und LKR Johann Ilisinger, Landesobmann STMK und Vizepräsident UBV Österreich

Die Bauern müssen wieder gestalten wollen

Wir erleben täglich neue Entwicklungen, die uns das „Bauer sein“, das Unternehmen Bauernhof zu führen, erschweren. Das ist eine nüchterne Feststellung. Schwierige Fragen kann man aber nur lösen, wenn man bereit ist, sich selbst zu bewegen und auch über den Tellerrand zu blicken. Was meine ich damit?

Wir hatten heuer mehrere Wahlen zu unserer Landesvertretung. Eine Wahlbeteiligung von knapp 30% oder ein bisschen darüber stimmt nachdenklich. Warum gehen Bauern nicht zur Wahl, wo es um ihre Anliegen zum Mitgestalten geht? Sind die Bauern müde, interessiert es sie nicht mehr oder hat ihnen der Umstand von extrem schlechten Erzeugerpreisen wie Einkommen die Freude genommen?

Wer bleiben will, muss sich bewegen. Bauern müssen wieder aktiv die Agrarpolitik mitgestalten. Es ist zu wenig zu meinen, man könne eh nichts ändern oder „es habe eh alles keinen Sinn“. Man muss alle Möglichkeiten der Information nutzen und sagen, wie man es haben will. Das gilt für die Politik wie für den Markt.

Die Bauern haben derzeit das aktive Gestalten für politische Rahmenbedingungen und für den Markt abgegeben. Andere werden vor allem ihre Interessen umsetzen. Das sind nicht immer

unsere Vorstellungen. Wir brauchen wieder eine Hoheit bei Fragen zum Markt und zur politischen Gestaltung.

Damit es sich zu unseren Gunsten verändert, müssen wir aktive Bauern das tun. Kein Lebensmittelhandel wird das für uns tun, keine Genossenschaft oder Erzeuger-Organisation, und auch keine Partei wird für uns eintreten, wenn wir unsere Vorstellungen nicht klar formulieren und einfordern.

Wenn die Bauern sich also nicht selbst auf die Beine stellen, wird das niemand anderer tun. Und dann passiert das, was sich andere ausdenken. Zu warten, was da kommen wird, ist zu wenig. Es braucht die Ideen, den Einsatz und den Willen von uns Bauern, damit Rahmenbedingungen und Spielregeln so sind, wie wir dies brauchen. Wir haben als UBV einen Programmvorschlag geschrieben, der die wirtschaftliche Situation der Bauern korrigiert, wenn ihr dabei mithelft.

Wir wollen mit deiner Hilfe die Abgeltung der Inflation bei Erzeugerpreisen oder bei Ausgleichszahlungen. Wir wollen mit deiner Hilfe Vorgaben für den Lebensmittelhandel und ausreichende Kontrollen. Wir laden dich ein, arbeite mit, wirke mit, diskutiere mit. Für neue Wege in der Agrarpolitik.

LKR Johann Herbst

Wie viel seiner P verkaufen, um e 1.000 Euro beza

Es ist vielfach nicht bewusst oder bekannt, wie dramatisch der Kaufkraftverlust in der Land- und Forstwirtschaft bei den Erzeugerpreisen seit dem EU – Beitritt ist. Allein seit 1994 bis heute sind es rund 60 % an Inflation, die weder bei den Erzeugerpreisen noch bei den Ausgleichszahlungen abgegolten werden. Das ist einmalig in der Wirtschaft oder bei Angestellten.

Wir haben nun mit Bauern, die mit ihren Eckdaten beim Grünen Bericht mitwirken sowie in enger Abstimmung mit Experten der Branchen Tierhaltung (Rindermast, Milchkühe, Schweinemast und Ferkelerzeugung) sowie Obstbau die Frage gestellt, wie viel man beim jeweiligen Produkt verkaufen muss, um eine Rechnung in der Höhe von 1.000 Euro bezahlen zu können! Wir reden dabei nicht von den Kosten, die in der betrieblichen Kalkulation z.B. über Abschreibung oder unter Produktionskosten anfallen.

Wir reden von allen anderen Kosten, die nicht in der betrieblichen Gesamtrechnung enthalten sind. Dazu gehört z.B. auch das Bauernhaus. Wie in jedem anderen Haushalt oder in jeder anderen Familie treten immer wieder Kosten auf, die nicht den Produktionskosten zuzuordnen sind. Aber auch diese Rechnungen sind zu bezahlen.

Das können auf einem Betrieb schon zigtausend Euro sein. Wir haben am Beispiel von einer Rechnung von 1.000 Euro z.B. für die Reparatur eines Küchen-Gerätes dargestellt, wie viel an Milch, Mastschweinen bzw.

Produkte muss ein Bauer eine Rechnung in der Höhe von zahlen zu können?

Ferkel oder Äpfel ein Bauer für diese Rechnung verkaufen muss. Unsere Fallbeispiele waren typische Betriebe, die nicht in Gunstlagen liegen. Als Betrachtungszeitraum wurde die letzten 5 Jahre angesetzt. Aktuell zahlen Ferkelerzeuger, Schweine- und Rindermäster dazu, Milcherzeuger zum Teil. Abweichungen von unseren Feststellungen sind möglich, sowohl nach oben als auch nach unten. Die Zahlen sind ernüchternd und zeigen

eines deutlich auf: Die Agrarpolitik versagt komplett. Die Bauern werden ökonomisch ruiniert. Aktuell zahlen die meisten Produktionsbereiche dazu, leben also von der Substanz. Daher fordert der UBV komplett neue Wege in der Agrarpolitik und hat dazu auch ein Programm geschrieben: Landwirtschaft neu denken und gestalten = ökosozial leben. www.ubv.at



LKR Mag. Gerhard Mariacher

Neue EU-Forststrategie: Anschlag auf unser Eigentum

Mit reichlich Pathos aus der EVP-Fraktion – zu dieser gehört die ÖVP - wurde im Jänner 2021 der „Green Deal“ bejubelt. Nun liegt als „Kind“ des Green Deal, der Entwurf der EU-Waldstrategie, vor.

Viele Waldeigentümer und Forstbetriebe sind über die Inhalte dieser neuen EU-Forststrategie zutiefst erbost. Denn in vielen EU-Ländern hat man die Waldeigentümer mit ihren Sorgen z.B. durch Wind- und Schnebruchschäden, Borkenkäferbefall und schrankenlose Holzimporte völlig im Stich gelassen.

Dies alles mussten die Waldeigentümer selber bewältigen, oftmals mit Tränen im Gesicht, weil ihre betriebliche und familiäre Existenz bedroht ist. Mit der neuen „EU-Waldstrategie“ drohen drastische Einschränkungen für die Forstwirtschaft. Diese reichen bis hin zur massiven Außernutzungsstellung von Waldflächen!

Der Protest dagegen muss sich jetzt formieren! Weiters müssen wir Waldeigentümer die Bezahlung jener Leistungen einfordern, die wir für Erholungsuchende und Touristen erbringen, zum Beispiel durch die Einführung einer CO₂-Prämie.

Wieviel muss ein Bauer verkaufen, um eine Rechnung in der Höhe von 1.000 Euro bezahlen zu können?

<p>172 Mastschweine</p> <p>6 Cent Gewinn je kg Schlachtgewicht</p>	<p>15 Mastrinder mit 380 Kilo Schlachtgewicht</p> <p>17 Cent Gewinn je kg Schlachtgewicht</p>
<p>50.000 Liter Milch</p> <p>2 Cent Gewinn je kg Milch</p>	
<p>100 Ferkel</p> <p>32 Cent Gewinn je kg Ferkel</p>	<p>20.000 Kilo Äpfel</p> <p>5 Cent Gewinn je kg Äpfel</p>

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik
 Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben
www.ubv.at

Grüner Bericht – Tirol Schlusslicht

Was viele Tiroler Bauern – aber generell die Bauern in ganz Österreich spüren – zeigt der aktuelle „Grüne Bericht“ deutlich auf. Die Einkommen der Bauern sind beschämend niedrig, am schlechtesten sind sie bei den Tiroler Bergbauern.



Foto: Nisi85 / pixelio.de

Um die Einkommenssituation zu verbessern, fordern wir eine Abgeltung für die Bereitstellung von intaktem Kulturland.

Das Einkommen der Bauern in Tirol hat im letzten Jahr nahezu stagniert, sie waren österreichweit am niedrigsten. Auffallend ist, dass vor allem die Einkommen in den Bergbauern-Betrieben zurückgingen.

Der ORF Tirol berichtet dazu am 7. November: In keinem anderen Bundesland ist das durchschnittliche Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft so niedrig wie in Tirol. Im Schnitt hat ein bäuerlicher Betrieb 2020 hierzulande Einkünfte von 17.630 Euro erwirtschaftet. Zum Vergleich: Im Burgenland waren es 39.702 Euro, in Oberösterreich 32.346 Euro, in der Steiermark 29.195 Euro.

Bauerneinkommen unter der Mindestsicherung

Zieht man von den dargestellten Beträgen noch die zu leistende Sozialversicherung ab, dann ergibt sich im Schnitt (österreichweit) seit dem EU-Beitritt 1994 ein Einkommen zwischen 533 bis 874 Euro im Monat (14 x im Jahr) pro Familienarbeitskraft. Das ist also deutlich unter der Mindestsicherung.

Wir fordern eine echte Leistungsabgeltung - keine Almosen

Ohne Einkommen werden unsere Betriebe weiter zusperren. Man kann nicht auf Dauer von der Substanz leben und dazu zahlen. Fakt ist, dass wir derzeit keine echte Leistungsabgeltung für alle Leistungen, die wir erbringen, erhalten.

Das muss sich sofort ändern. Daher fordern wir eine Abgeltung der Bereitstellung von intaktem Kulturland oder für die Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff.

Ändern wird es sich nicht so, wie dies Präsident Hechenberger andenkt. Er meint, man müsse in Wien verhandeln, wenn die Verhandlungen mit Brüssel abgeschlossen sind. Rauskommen wird für unsere Bauern nichts. Denn jene, mit welchen Hechenberger in Wien verhandeln will, genau jene haben ja das Programm für uns in Brüssel abgesegnet. Und nachdem Hechenberger auch im Nationalrat sitzt, hat er das mit beschlossen. Ein Schelm, der Böses denkt.

Landwirtschaft nach Stundenplan?

Wie leider immer öfter, fühlt sich ein Dorfbewohner von seinem landwirtschaftlichen Nachbarn durch dessen typische Arbeiten vor 6 Uhr und nach 22 Uhr gestört. Daraufhin hat der Amtssachverständige der Agrarabteilung Land mehrere übliche Tätigkeiten in der Landwirtschaft für unüblich erklärt:

Stallarbeit vor 6 Uhr ist unüblich, weil die Bauern mit dem Betrieb lautstarker Geräte bis 6 Uhr zuwarten können.

Silieren nach 22 Uhr ist unüblich, weil in der Landwirtschaft alles planbar ist (Und wer ist für die Wetterplanung zuständig?)

Transport von Siloballen vom Feld zum Lagerplatz zum Schutz vor Krähen ist nach 22 Uhr unüblich, weil Krähen nicht nachtaktiv sind und der Landwirt diese Arbeit am nächsten Tag erledigen kann.

Obwohl der Agrarlandesrat und Bauernbundobmann sowie der Landwirtschaftskammer-Präsident über das falsche Gutachten der Agrarabteilung Land Tirol informiert waren, haben sie das falsche Gutachten im Gerichtsverfahren nicht angefochten.

Das Gerichtsverfahren ist bis zum obersten Verwaltungsgerichtshof durchjudiziert worden, und die Landwirtschaft hat es, ausgehend durch das unrichtige Gutachten des Amtssachverständigen der Agrarabteilung Land Tirol, rechtskräftig verloren.

Weil die Landwirtschaftskammer Tirol nicht in der Lage ist, dem Gericht die übliche Wirtschaftsführung in der Landwirtschaft zu erläutern, hat jetzt die Tiroler Landwirtschaft Betriebszeiten auferlegt bekommen.

Solche Urteile haben auch auf das Nachbarschaftsrecht Auswirkungen. Wenn eben Arbeiten vor 6 Uhr früh bzw. nach 22 Uhr unüblich sind, dann braucht sich das der Nachbar nicht mehr gefallen zu lassen.

Der UBV Tirol nimmt sich mit vollem Einsatz dieser Angelegenheit an und fordert den Agrarlandesrat auf, den Schaden, der durch sein Fehlverhalten an der Tiroler Landwirtschaft entstanden ist, wieder gutzumachen, damit die Tiroler Bäuerinnen und Bauern wieder beruhigt vor 6 Uhr in der Früh mit der Stallarbeit beginnen können und auch nach 22 Uhr auf Grund der Wetersituation Erntearbeiten durchführen können.

UBV Obmann KR Alfred Enthofer

UBV fordert Reform der Landwirtschaftskammer Tirol

Die aktuell gelebte Praxis in der LK Tirol entspricht nicht einer modernen Kammer für die Bauern. Sie erzeugt eher den Eindruck, dass die Mehrheitsfraktion des BB tue was sie will und der Rest an Bauernvertretung in der LK Tirol nichts zu suchen und zu sagen habe. Der UBV hat im März 2021 bei der Kammerwahl 15,6 Prozent der Stimmen erreicht. Die LK Vollversammlung hat insgesamt 24 Sitze, wobei 8 direkt an die Obmänner der Bezirkskammern gehen. Mit dieser Bestimmung im Wahlrecht verhindert die Mehrheitsfraktion vom BB, dass andere Bauernvertretungen - ihrem Stimmenanteil entsprechend - in der LK Vollversammlung vertreten sind. Das ist eine grobe Benachteiligung aller kleineren Gruppierungen.

Wir fordern eine Änderung dieser Praxis. Alle LK Mandate sind direkt zu vergeben!

Ein zweiter Punkt ist die aktuell gelebte Geschäftsordnung im Zusammenhang mit Vollversammlungen und eingebrachten Vorschlägen zur Verbesserung der Situation der Bauern. Derzeit gibt es 2 Vollversammlungen der Landeskammer im Jahr. Aus der Sicht eines Bauern muss man sich fragen: Wozu haben wir LK Funktionäre, wenn es gerade einmal 2 Sitzungen im Jahr gibt? Wir fordern daher wie in anderen Bundesländern konkret 4 Vollversammlungen im Jahr mit öffentlicher Diskussion der Themen.

Weiters: Es hat den Eindruck, am liebsten wäre der Mehrheitsfraktion, es würde gar keine weiteren Bauernorganisa-

tionen geben und diese sollten am besten sowieso keine Anträge oder Meinungen haben. Wir fordern dazu eine öffentliche Diskussion der Vorschläge aller Fraktionen u.a. in den offiziellen Kammermedien. Im Zusammenhang mit den Kammermitteilungen erfolgt aus unserer Sicht auch ein Missbrauch. Aktuell werden die Nachrichten der LK Tirol an die Kammermitglieder mit einer Bauernbund Postille verschickt. Das riecht nach einer versteckten Parteienfinanzierung. Wir fordern die sofortige Einstellung dieser Praxis. Die Landwirtschaftskammer-Informationen sind als neutrales Medium an die Kammermitglieder zu schicken.

Obmann KR Alfred Enthofer

Unsere Anträge



Oberösterreich
Sitzung am
30. September 2021

Der UBV fordert

... die Einmalförderung von 1.500 Euro aufgrund der Verluste durch die Covid-Pandemie auf Qplus Kuh Betriebe auszuweiten.

UBV, Grüne, FB-Bauern dafür;
BB dagegen

... Entschädigungszahlungen für die Entwertung von Grundstücken durch Strom-, Telefon- und Wasserleitungen, Erdkabel sowie Straßen- und Wasser-rückhaltebeckenbau usw. steuerfrei zu stellen.

UBV, Grüne, FB-Bauern dafür;
BB dagegen

... dem Green Deal in seiner jetzigen Form nicht zuzustimmen, sondern ein bundesweites Praktikernetzwerk zu initiieren und dieses an der Umgestaltung des österreichischen Vorschlags zum Green Deal zu beteiligen.

UBV und FB-Bauern dafür;
BB und Grüne dagegen

... für eine rechtliche Besserstellung der Grundeigentümer im Jagdrecht die Jagdzwangsverpachtung aufzuheben.

UBV und Grüne dafür;
BB und FP-Bauern dagegen

... dass Bio ein eigenes Bio-Modul – mit entsprechender finanzieller Ausstattung – bleibt.

UBV, Grüne, FB-Bauern dafür;
BB dagegen

... eine steuerliche Entlastung beim Agrardiesel für die Land- und Forstwirtschaft im Zuge der kommenden Steuerreform festzulegen.

Einstimmig angenommen

... im Zuge der Steuerreform eine Angleichung des einkommensseiti-

gen Mehrwertsteuersatzes bei pauschalierten Betrieben in der Land- und Forstwirtschaft an den 20 %igen Steuersatz durchzuführen.

UBV, Grüne, FB-Bauern dafür;
BB dagegen



Niederösterreich
VV der BBK Amstetten
am 9. November 2021

Dringlichkeitsanträge

Antrag 1: Green Deal – Praktikernetzwerk gefordert

Die Vollversammlung der Bezirkslandwirtschaftskammer Amstetten fordert

- a. die Republik Österreich dazu auf, dem Green Deal in seiner jetzigen Form nicht zuzustimmen;
- b. das Bundesministerium für Landwirtschaft dazu auf, ein bundesweites Praktikernetzwerk zu initiieren und dieses an der Umgestaltung des österreichischen Vorschlags zum Green Deal zu beteiligen;
- c. das Bundesministerium für Landwirtschaft dazu auf, ein bundesweites Praktikernetzwerk zu initiieren und dieses Netzwerk verpflichtend vor politischen Entscheidungen, welche die Landwirtschaft betreffen, anzuhören;
- d. das Land Niederösterreich dazu auf, ein Praktikernetzwerk zu initiieren und die Meinung dieses Netzwerkes verpflichtend vor politischen Entscheidungen, welche die Landwirtschaft betreffen, anzuhören.

Antrag 2: Es braucht wieder eine Mutterkuhprämie – Q-Plus ist ein schlechter, untauglicher Ersatz

Die Vollversammlung der Bezirkslandwirtschaftskammer Amstetten fordert Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger auf,

- a. eine Auflistung der gesamten geplanten Budgetmittel für die Überlegungen zu Q-Plus darzulegen, ergänzt mit einer Dokumentation, wie die Geldflüsse und Beträge aussehen, und wie viel Geld vom

Gesamtbudget tatsächlich beim Bauern landet, vorzulegen;

- b. die Verträge zwischen AMA, dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und den Q-Plus-Vertragspartnern offen zu legen;
- c. die deutliche Reduktion des bürokratischen Aufwandes und eine dem Index angepasste Wertanpassung von Q-Plus, um jene Höhe der Unterstützung zu erreichen, wie sie inflationsangepasst seit dem Ende der Mutterkuhprämie nötig ist.
- d. Das letztendliche Ziel ist die „alte Mutterkuhprämie“, die unkompliziert umgesetzt wird.

Antrag 3: Es braucht Spielregeln im Lebensmitteleinzelhandel

Die Vollversammlung der Bezirkslandwirtschaftskammer Amstetten fordert Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger und die Österreichische Bundesregierung auf,

- 1 eine gesetzliche Basis zu schaffen, dass der LEH auf den Einkaufspreis bei Lebensmitteln maximal 100 % aufschlagen darf. Das bedeutet in der Praxis: Kauft der LEH z.B. Milch irgendwo auf dieser Welt auf Märkten um 35 Cent ein, darf er hier nur 70 Cent beim Verkauf verlangen. Kauft er Milch um 70/75 Cent in der Region ein, kann er diese um 1,40/1,50 Euro verkaufen. Damit hat er einen doppelten Deckungsbeitrag. So wird dem Preisdumping ein Riegel vorgeschoben. Die regionale Produktion wird für den LEH ökonomisch interessanter. Mit regionalen Lebensmitteln leisten wir zudem einen konkreten Beitrag zum Klimaschutz;
- 2 ein Gesetz zu schaffen, das ein Verbot des Verkaufs bzw. des Importes von Lebensmittel aus Ländern vorsieht, wo Urwald für die Produktion gerodet wurde;
- 3 ein Gesetz zu schaffen, das ein Verbot des Imports bzw. des Verkaufs von Lebensmitteln vorsieht, die nicht die gleichen Vorgaben in der Produktion haben, wie die hier erzeugten Lebensmittel;

4 eine gesetzliche Basis zu schaffen, dass es wieder eine konkrete Kontrolle bei Import von Lebensmitteln in Europa gibt, egal woher diese kommen. Die Kontrolle ist von der Arbeiterkammer, der Landwirtschaftskammer und der AMA umzusetzen

Antrag 4: Anhebung der Umsatzsteuer für Erzeugnisse aus der Land- und Forstwirtschaft auf 20 %

Die Vollversammlung der Bezirkslandwirtschaftskammer Amstetten fordert Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger und die Österreichische Bundesregierung auf, eine gesetzliche Basis zu schaffen, damit die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft zukünftig wie die meisten anderen Produkte mit einem Mehrwertsteuersatz von 20 % verkauft werden können.

Antrag 5: Ausweitung des Waldfonds

Betrifft Maßnahme 3 „Abgeltung Wertverlust Borkenkäfer“:

Da die Landwirte in den Katastralgemeinden unter 3 % **Schadfläche** genauso einen Wertverlust auf ihren Borkenkäferflächen erleiden, ist es **gleichheitswidrig**, dass die Betroffenen keinen Wertverlust ersetzt bekommen. Des Weiteren müssen auch die **Schadflächen von abgestorbenen Eschen** in die Abgeltung miteinbezogen werden. Die Vollversammlung der Bezirkslandwirtschaftskammer Amstetten fordert Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger und die Österreichische Bundesregierung auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Wertverlustabgeltung

- a.** für alle Borkenkäferflächen und
 - b.** für die abgestorbenen Eschenbestände
- zu beschließen.

Frohes Fest - und mit Mut ins neue Jahr!

Weihnachten, das große Fest, steht vor der Tür; Christbaum, Gebäck und Festessen werden vorbereitet, doch draußen wirft die neue ausverhandelte GAP, das „Bauernhof-Zusperr-Programm“ seine düsteren Schatten auf das kommende Jahr 2022.

Winterlich kalt kann einem werden, wenn man an die unausweichlichen Folgen denkt: Die Ausgleichszahlungen werden um 20 % - wahrscheinlich kräftig mehr – sinken, als Ausgleich dazu werden Auflagen und Bürokratie zunehmen. Wir vom UBV warnen seit 2017 vor dieser Entwicklung. Bei den Wahlen und in den Landwirtschaftskammern haben wir leider nicht die nötigen Mehrheiten erhalten, um stärker gegen diese absehbare Entwicklung vorzugehen.

Wie befürchtet wurden wir Bauern bei der NEC-Richtlinie über den Tisch gezogen, denken wir an die Gülleverschlauchung und weitere verschärfte Auflagen. Auch wenn die offizielle Agrarpolitik nicht so richtig auf unserer Seite steht – die Wissenschaft bestätigt uns Bauern, dass wir die einzige Berufsgruppe sind, die durch ihre berufliche Tätigkeit zur Speicherung von CO₂ in Feld und Wald beiträgt.

Nachdenkenswert auch das Verhalten von Ministerin Köstinger und ihren Parteigenossen: Noch immer verbreitet der BB die Mär, er sei gegen die Waldstrategie, doch die faktische Stilllegung von 10 % der Wälder ist doch längst beschlossen. Was soll die Show, fragt sich der kritische Bauer. Spekuliert die Politik damit, dass wir uns durch eine Reihe von Festtagen benebeln lassen und sich so das böse Erwa-



KR ÖR Karl Keplinger, Bundesobmann

chen auf später verschieben lässt? Vielleicht hätte man bei den Verhandlungen zur GAP in Brüssel und vor allem in Wien wie vom UBV gefordert ein paar Praktiker einbinden sollen; Bauern, die es verstehen, ihre Erfahrung aus Feld, Wald und Stall in gesetzeskonforme Formulierungen zu übersetzen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass in den nächsten Jahren – auch durch Corona – die Akzeptanz und Wertschätzung des Bauernstandes steigt und wir auf dem politischen Parkett ein paar Verbesserungen erkämpfen. Dazu ist es aber nötig, dass wir quer durch alle Länder mehr Zustimmung – vor allem bei diversen Wahlen - und so mehr politisches Gewicht in den Interessensvertretungen erhalten. Das wird es uns ermöglichen, die Interessen von Wirtschaft und Industrie besser zurückzudrängen.

Daher mein Appell, im kommenden Jahr offen in den Diskussionen vor Ort mutig die Positionen des UBV und unsere Anliegen zu vertreten.

Doch vor allem wünsche ich Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2022!



**Steiermark
VV LWK am
1. Oktober 2021**

Die Anträge entsprechen inhaltlich den Anträgen 2, 3 und 4 aus NÖ.



Mehr Schatten als Licht

Ein Einkommensverlust laut Grünem Bericht von 9 Prozent in Oberösterreich zeigt deutlich, wie die viel zitierte Systemrelevanz der Landwirtschaft zu Buche schlägt. Die zwei größten Lebensmittelhandelsketten haben mittlerweile einen Marktanteil von knapp 70 Prozent erreicht. Gewinne bleiben bei ihnen. Ob das die kommende UTP-Richtlinie ändern wird, darf angesichts der von keiner Eile geprägten Umsetzung unserer Ministerin skeptisch betrachtet werden. Unser Kanzler verkündete die größte Steuerentlastung in der zweiten Republik. 10 Cent CO₂-Bepreisung auf Diesel sind fixiert. Entlastung wurde angekündigt, die Höhe ist ungewiss. Kommen werden für 155.000 Land- und forstwirtschaftliche Betriebe 25 Millionen Euro Investitionsförderung pro Jahr, um sie energieautark zu machen. Ganze 161 Euro pro Betrieb. Das größte Potential mit 700 Millionen Euro hätte die einnahmenseitige Anhebung der Mehrwertsteuer auf 20 Prozent für pauschalierte Betriebe. Vergleicht man die Entlastungen der Konzerne und der gut verdienender Arbeitnehmer mit der Landwirtschaft, ist der Abstand wie Tag und Nacht.

KR Georg Schickbauer

Josef Moosbrugger zu Besuch

Anfang Oktober 2021 trafen sich UBV Kammerräte und Landesobmänner mit Josef Moosbrugger, dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer Österreich, am Betrieb Großpötzl in Sigharting (OÖ).

Der UBV legt vor...

Die Liste der angesprochenen aktuellen Themen war lang, agrarpolitisch drängend war natürlich die GAP-Reform und der Green Deal incl. der NEC und der UTP-Richtlinie. Gerade bei solchen für die landwirtschaftliche Praxis höchst relevanten Themen fordert der UBV ein Praktiker-Netzwerk bei der Erarbeitung der entsprechenden Programme. Weitere Themen waren die Waldstrategie, Möglichkeiten

der Betriebsmittelkostensenkung, die aktuell hohen Energiekosten und die Vergütung für die CO₂-Speicherung. Faire Preisgestaltung war ein wichtiger Punkt, aktuell ein brennendes Thema beim Holzverkauf, wo der UBV für eine unabhängige Holzklassifizierung zur fairen Preisgestaltung eintritt. Durch die Einbußen der Corona-Krise wird die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge eine zunehmend wichtigere Forderung, auch das kam zur Sprache.

5 Minuten nach 12

Wir Bauern genießen in der österreichischen Bevölkerung ein hohes Ansehen. Dies ist absolut verdient, aber leider spiegelt sich dies in unserem Einkommen nicht wider. Hier sind wir absolutes Schlusslicht. Nun kommen weitere große Belastungen auf uns zu. Die neue NEC-Richtlinie, GAP, strengere Tierschutzbedingungen, aber auch extreme Teuerungen bei Betriebsmitteln lassen uns verzweifeln und uns um unsere Existenz fürchten. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern erkennen, dass es eine neue Agrarpolitik braucht, da es sonst in 10 Jahren diese kleinstrukturierte Landwirtschaft nicht mehr gibt. Es regt sich Widerstand im Land. Viele Bauern fangen an, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Sie gründen Aktivgruppen, haben neue Ideen, stellen Forderungen auf und treten in Kontakt mit dem Handel und den Konsumenten. Erste Erfolge sind schon erkennbar. Leider bleibt unsere Vertretung untätig. Frau Köstinger findet in der LW nicht statt (UTP-Richtlinie), sie zieht es vor, den



Schutzpatron vom heiligen Sebastian zu spielen. Wir haben viele Bauernvertreter, die nicht uns, sondern sich selbst vertreten. Es fehlt ihnen die Kompetenz der Betroffenheit. Es ist 5 nach 12, aber ich traue uns Bauern zu, noch die Kurve zu kriegen.

KR Klaus Wimmesberger



Am Bild von links: Leonhard Großpötl, KR Josef Mair, Bundes- und Landesobmann KR Karl Keplinger, KR Georg Schickbauer, Landesobmann Tirol KR Alfred Enthofer, Organisationsreferent KR Johann Großpötl, LKÖ Präsident Josef Moosbrugger, Johann Großpötl jun. mit Tochter Marina.

... Moosbrugger antwortet

Josef Moosbrugger gab zu bedenken, dass öffentliche Gelder stets mit Auflagen und Kontrollen verbunden sind. Die Investitionsprämie ist dafür ein heikles Thema, da es derzeit gerne mit dem Tierwohl verknüpft wird. Bezüglich der Anforderungen beim Tierwohl müsse man immer hinterfragen, wer das fordert. Klar sei auch, dass landwirtschaftliche Produktion leider nie den ihr gebührenden Stellenwert und daher auch finanzielle Abgeltung bekommen werde! Bei Investitionsentscheidungen – mit oder ohne Förderung – ist das zu berücksichtigen.

Entlastung bei Treibstoffkosten

Bezüglich Treibstoffrückvergütung spricht der LKÖ Präsident von 30 bis

35 Mio. Euro, das entspricht der Höhe der CO₂-Abgabe. Der UBV fordert, dass die bis vor 8 Jahren – bei der damaligen Steuerreform gestrichenen – 50 Mio. Euro zusätzlich fließen müssen, d.h. 80 – 85 Mio. Euro insgesamt.

Tiroler Kammer braucht Wahlrechtsreform

Alfred Enthofer, UBV Landesobmann in Tirol erwähnte, dass in der Landwirtschaftskammer Tirol von 24 Mandaten in der Vollversammlung automatisch acht von den Bezirkskammerobmännern besetzt werden. Das gibt es nur in Tirol - und das muss dringend angepasst werden! Würden alle 24 Mandate laut Wahlergebnis besetzt werden, wäre der UBV mit 4 Mandaten in der Vollversammlung vertreten.

Landesverbandstag am 9. Jänner 2022

Zu dieser Veranstaltung werden die Mitglieder des Landesverbandes OÖ noch schriftlich eingeladen. Doch aufgrund der momentanen Corona-Lage ist noch nicht abschätzbar, ob diese Veranstaltung

wie geplant durchgeführt werden kann.

Bitte informieren Sie sich auf **www.ubv.at** oder +43 650 26 24 245 über den aktuellen Planungsstand.



KR DI (FH) Josef Philipp, MBA

Die stille Zeit

Der Handel boomt, die Aktionen laufen und jeder kauft ein, wo es am billigsten ist. In der jetzigen Corona-Situation natürlich online und im Ausland.

Im Inland ist der Landwirt, dieser steht alleine da und muss mit den Preissteigerungen kämpfen, da ihm als einzigem der Verkaufspreis vorgegeben wird.

Es wurde die Regionalität angepriesen, das Selbstvermarkten und Ab Hof Verkauf. Leider kann dies nicht jeder Landwirt machen, da ansonsten wieder der Preisverfall und das Überangebot gewinnen. Leider sind diverse Vorhaben des UBV durch das träge Politsystem und gewissen Vernetzungen abgewendet worden. Daher wird es um gewisse Betriebe still werden, die Jungen sehen sich anderwärtig um und die Altbauern bewirtschaften die Betriebe, solange es gesundheitlich noch geht. Denn, wenn Landwirte still werden, dann kämpfen sie nicht mehr, und das macht mir Angst. Wie wird die Land(wirt)schaft im Jahre 2030 aussehen? Noch stiller? Im diesem Sinne eine ruhige und besinnliche Zeit.

2. UBV-Erntewanderung war ein toller Erfolg

Am Sonntag, den 10. Oktober 2021, fand bei ansprechendem Wetter die 2. UBV-Erntewanderung bei der Familie Leichtfried in Nebetenberg bei Pyhrfeld statt. Es bestanden die Möglichkeiten an einer geführten Wanderung teilzunehmen oder die Wanderstrecke selbst zu gehen. Beides wurde gut

genützt. Besonders die Kinderwanderung, bei der es für die Kinder eine Urkunde gab, wurden von Groß und Klein aufmerksam gelesen. Es wurden Äpfel, Birnen, Kirschen und Erdbeeren genau beschrieben. Im Anschluss gab es ein Kindertraktorrennen, ein Schätzspiel und eine Verlosung unter

allen Teilnehmern. Beim Schätzspiel ging es darum, wieviel Presssaft geht aus einer bestimmten Menge Äpfel und Birnen heraus. Der Tag war sehr erfolgreich.

Thomas Erber



Mit der Übergabe einer Urkunde aus den Händen des UBV-Landesvorsitzenden Herbert Hochwallner wurden die Kinder belohnt, die die Kinderwanderung absolvierten.



Der Tag wurde auch genutzt, um den Teilnehmern die Anliegen der Bauern nahe zu bringen und die Positionen des UBV zu erläutern.



Wieviel Saft lässt sich aus dem Apfel oder der Birne pressen? Das Schätzspiel fand regen Anklang.



Das Wetter war gut, die Wandervögel gut gelaunt, die Veranstaltung bestens organisiert – alles gute Voraussetzungen für ein gutes Gelingen des UBV-Wandertages.

EU-Agrarpolitik-GAP: Es braucht neue Wege. So kann es nicht weiter gehen!

Wir haben in Österreich die Anzahl der Betriebe von rund 280.000 auf rund 150.000 seit 1986 halbiert. Wir vom UBV sehen diese Entwicklungen katastrophal. Die neue GAP ist für unsere Betriebe zum Großteil nicht zukunftstauglich! Seit 2017/18 wurde an der neuen GAP Periode herumgepfuscht.

Ein im wesentlichen Fortschreiben des bisherigen Denkansatzes bedeutet, dass noch viel schneller weitere tausende bäuerliche Betriebe am Altar des Weltmarktes brutal geopfert werden. Das ist Vernichtung von Arbeitsplätzen, made by Brüssel und Wien!

Praktiker einbinden!

Wir fordern weiter nur einen Mehrfachantrag je Periode. Die Argumente, warum das nicht anders gehe, sind doch eine reine Augenauswischerei der Bürokraten bei uns hier!

Es ist bezeichnend, dass Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, Experten - wo in erster Linie Vertreter von NGOs sitzen, über die Notwendigkeiten unserer Bauern entscheiden lässt! Warum sitzen in diesen Gremien nicht Praktiker, die von dem Leben, was sie auf ihren Äckern und Wiesen oder in den Stallungen verdienen? Es entscheiden also vorwiegend Damen und Herren, die ihre Einkommen nicht von dem beziehen, was sie am Acker oder im Stall mit ihrer harten Hände Arbeit erwirtschaften. Sie leben sehr gut von den Agrargeldern, die eigentlich für die Bauern wichtig wären!

EU-Agrarpolitik fördert Bauernsterben

Die aktuelle Situation der Landwirtschaft ist in vielen Regionen Europas dramatisch. Noch wird die Landschaft von bäuerlichen Betrieben geprägt. Die derzeitigen Rahmenbedingungen raffen, einer Seuche gleich, die Bauern von ihren Höfen. Das Antlitz der von Bauernhand geschaffenen Kulturland-

schaft verschwindet mit den Bauern in Österreich und in der EU.

Der Green-Deal ist ein weiterer Etikettenschwindel, wo man die Bauern als Sündenböcke für ein Totalversagen der Politik in Fragen Klimapolitik und Wirtschaftspolitik in der EU mit untauglichen Spielregeln verantwortlich machen will!

Wir brauchen Einkommen und keine Almosen!

Verhandlungen über die nächste GAP Periode waren eine Chance, Unrecht abzustellen. Aber nicht so, wie die Diskussion gelaufen ist. Ohne Mut und Ideen wird schweigend hingenommen, was Brüssel und Wien aufstischen!

Warum nimmt unsere Vertretung schweigend zur Kenntnis, dass wir auf der Basis „Grüner Bericht“ seit 1995 nur ein Einkommen von 533 bis 874 Euro haben (14 x im Jahr)? Oder dass 10 % der Betriebe in der EU 60 % der Agrargelder kassieren und 90 % der Betriebe den Rest von 40 % - das sind also alle wir?

Und das erwarten wir von der Agrarpolitik

Der Bauernstand hat sich in Österreich seit 1986 praktisch halbiert. Gab es damals noch rund 300.000 Betriebe, so sind es heute nur mehr rund 150.000 Betriebe. Noch haben rund 400.000 Menschen in der Land- und Forstwirtschaft ihren Job. Wenn das Bauernsterben aber so weitergeht, ist nicht nur die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln bald Geschichte. Man muss sich dann auch die Frage stellen:



Wer wird das Land gestalten? Derzeit machen dies die Bauern gratis. Eine Abgeltung der erbrachten Leistung einer intakten Kulturlandschaft gibt es nicht. Die sogenannten Bauerngelder sind Ausgleichszahlungen für die viel zu niedrigen Erzeugerpreise, die oft deutlich unter den Produktionskosten liegen.

• Geld für Kulturlandgestaltung

Die Bauern brauchen eine Abgeltung ihrer Leistungen für die Gestaltung der Kulturlandschaft. Das sollte – gestaffelt – je Hektar umgesetzt werden, mit einer Deckelung der Beträge. Es kann nicht weiter so sein, dass Land- und Forstwirte gratis eine Leistung erbringen, an der sich Touristiker und jeder Bürger erfreuen und auch Geld verdienen.

• Inflationsabgeltung

Die Land- und Forstwirtschaft hat aktuell keine Inflationsanpassung. Das gilt für die Erzeugerpreise und die Ausgleichszahlungen. Seit dem EU-Beitritt gab es eine Inflation von rund 56 %. Daher müsste der Bauernmilchpreis heute bei rund 82 Cent liegen und nicht bei rund 43 Cent. Es gibt keine andere Branche, wo die Inflation nicht abgegolten wird.

• CO₂ Speicherung und O₂ Erzeugung sind Leistungen

Die Bewirtschaftung von Land durch einen intakten Bauernstand ist der einzige sichere Garant dafür, dass

wir eine notwendige Speicherung des klimaschädlichen CO₂ in Böden oder in organischer Substanz gewährleisten. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass wir damit eine notwendige, ausreichende Sauerstoff-Erzeugung sicherstellen. Wir vom UBV meinen daher, dass es höchste Zeit ist, diese - bisher gratis erbrachten - Leistungen der Bauern zu bezahlen: Der Staat zahlt den Bauern CO₂ Zertifikate.

- **Erzeugermilchpreis von 70 Cent notwendig**

Lag der Bauernmilchpreis vor dem EU-Beitritt bei rund 52 Cent oder 7,40 Schilling, so gab es 2020 im Schnitt über alle Milchpreise nur rund 43 Cent. D.h. Milchbauern zahlen in der Regel beim Milchpreis dazu. Mit einer regelmäßigen Inflationsabgeltung wäre der Milchpreis heute bei rund 82 Cent. Es braucht zumindest 70 Cent.

- **Maximal 100 % Preisauflschlag**

Neben der Kontrolle fordert der UBV, dass der LEH maximal 100 % auf den Einkaufspreis draufschlagen darf. Damit stoppt man den Preisdruck durch importierte Produkte auf unsere Erzeugerpreise. Wenn sich der Import nicht rechnet, bleibt die Wertschöpfung im Land.

- **Wir leben vom Kulturland – nicht von den Wölfen!**

Wenn es kein akzeptables Miteinander gibt, ist einer Wiederansiedelung des Wolfs energisch ein Riegel vorzuschieben! Für die entstehenden Probleme und Schäden (Risse) ist eine einfache und sofortige Abgeltung von der öffentlichen Hand zu leisten. Das könnte beispielsweise aus dem Katastrophenfond bezahlt werden. Es gilt: Kulturlandschaft mit Bauern hat immer Vorrang vor einem Land der Wölfe.

KR Herbert Hochwallner

Wir gedenken!

Ein langjähriges Mitglied des Burgenlandes ist nicht mehr unter uns. **Paul Schneider**, Waldbauer aus Gols, der viele Aktivitäten unseres Verbandes mitgetragen hat, ist unerwartet 82-jährig verstorben.

Unser Beileid gilt der Familie, die den Verstorbenen nicht nur bei der Arbeit, sondern auch bei seinem oftmaligen Einsatz für den Bauernstand und die Berufskollegen unterstützt hat.

IHR SPEZIALIST FÜR TIERSEUCHENVERSICHERUNG

Beflügelt?

BLICKEN SIE
ZUVERSICHTLICH
IN RICHTUNG ZUKUNFT
WIR BEGLEITEN SIE

WBV
VERSICHERUNGSMAKLER

epidemie@wbv.at
www.wbv.at

Gezieltes Minus zur Heimbeihilfe?

Um die Schüler- und Heimbeihilfe zu bekommen, reichten früher der Einheitwert bzw. der Ertragswert. Neuerdings muss der Gewinn aus der Land- und Forstwirtschaft mit diesem Formular errechnet werden. Mit einem vorgedruckten Formular wird der Ge-

winn ermittelt. Das Traurige ist, dass bei den meisten Bauern kein Gewinn oder sogar ein Verlust als Ergebnis herauskommt. Auf die Frage zu dem Formular bekamen wir von Landesrat Josef Schweiger die Antwort: Wir sollten die Schüler- und Heim-Beihilfe in Ruhe

lassen. Das überall Minus oder Null heraus kommt war im egal. Es geht bei dieser Förderung um ca. 3.000 Euro je Betrieb.

KR Josef Tiefenbacher

Wir müssen Perspektiven schaffen!

Erfolg lässt sich in Zahlen messen, welches Zeugnis stellt man der Landwirtschaft aus? Kein allzu Gutes! Nicht nur der Grüne Bericht, sondern auch die allgemeine Stimmung der aktiven Landwirte zeigt klar, dass es seit Jahren bergab geht. Heutzutage muss man sich eine Landwirtschaft leisten können, und damit meine ich nicht die Investoren, die ihr Geld in Grund und Boden anlegen und dabei die Pacht und Kaufpreise ins Unbezahlbare steigern, sondern dass der Bauer, der mit seinem Boden sorgsam wirtschaften muss, meist noch in den Nebenerwerb geht, um mit diesem Geld Investitionen

zu tätigen, die meist unverzichtbar für die Zukunft des Hofes sind. Aber der Idealismus und der Drang, etwas zu verändern, sind in jungen Jahren meist sehr groß, vielleicht zu groß. Denn wenn Investitionen über Generationen abbezahlt werden, muss man nicht nur immer gesund sein, sondern auch die nächste Generation sollte noch eine Freude dabei haben. Jeder Unternehmer würde seinen Betrieb sofort schließen, wenn er so schlechte Jahresabschlüsse wie in der Landwirtschaft erzielen würde. Dazu kommt noch der enorme gesellschaftliche Druck und dass sich fast jährlich Auflagen ändern,

die mit viel Geld und großem Arbeitsaufwand verbunden sind und dabei das Einkommen stagniert.

Aber der Bauernbund rühmt sich immer als guter Verhandler und perfekter Vertretung der Landwirte. Tatsache ist, dass der eine kleine Kreis sehr viel Einkommen erwirtschaftet und dabei rein Nichts bewirkt, da er sich meist den Interessen der Wirtschaft beugt. Wir als Landwirte sind nur Zuschauer und Marionetten der Politik. Daher ist es unsere Verpflichtung als unabhängiger Bauernverband, die aktiven Landwirte zu vertreten und Perspektiven zu schaffen.

Johann Steiner

Transgourmet wirbt mit regional

Mitten im Pinzgau entsteht ein neues Großgastronomieunternehmen mit einer Fläche von 10.000 m² und einer Auswahl an 22.000 Produkten. Gegenüber befindet sich die Pinzgauer Milch. Dieses Großprojekt ist genehmigt. Dazu baut man noch einen neuen Kreisverkehr für ca. 2 Mio. Euro. Heizen, regional kaufen, Grundverbrauch, Photovoltaik und Holzbauweise sind kein Thema bei der Bauverhandlung. Das Schlimme ist, dass sie NUR Kalbfleisch aus der Region kaufen, obwohl wir Bauern in der Region eine große Auswahl an Fleisch, Hackschnitzel und Milchprodukte zu bieten haben. Fazit:



Foto: meinbezirk/Pinzgau

Transgourmet wirbt mit regional, kauft aber nicht regional.

Regionaler Einkauf sieht anders aus! Wenn man den Handel nicht zur Regionalität zwingt, wird er sie nicht leben, allenfalls damit werben. Freiwillig wird

der Großhändler Transgourmet wohl kaum bei uns Kleinbauern einkaufen!

KR Josef Tiefenbacher

Einkommenslage: Angespannt und düster

Bauern als staatliche Einkommensempfänger? Was jedem freien Bauer sauer aufstößt wird bittere Realität: Bei 60 Prozent der Bauern sind die Förderungen höher als das Einkommen, das ihnen von der Arbeit bleibt.



Foto: Stefan Würrm

2,80 Euro Stundenlohn im Schnitt der letzten fünf Jahre für Marktfruchtbetriebe: wahrlich düster. Der UBV hat den Verantwortlichen schon genug Vorschläge vorgelegt, wie den Bauern ein ausreichendes Einkommen ermöglicht werden kann.

Und gleich noch eine üble Zahl: „Im Durchschnitt machen die öffentlichen Gelder auf Österreichs Bauernhöfen rund 70 % des Einkommens aus“, sagt Thomas Resl, Leiter der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft. Doch es geht genauer: Bei Biobetrieben liegt dieser Anteil bei 88 %, bei konventionellen bei knapp 62 %. Noch höher liegen die

Zahlen bei kleinen Betrieben in Randlagen oder Berggebieten. Da können die Förderungen sogar ein Mehrfaches des in Feld, Wald und Stall erarbeiteten Einkommens betragen.

Seit 1995 gibt es in der Landwirtschaft kein Einkommenswachstum, inflationsbereinigt (real) sind die Einkommen sogar um 30 % gesunken. Und den-

noch funktioniert die Landwirtschaft: Ca. die Hälfte der Arbeitskräfte wurde eingespart – der Kuchen wurde auf weniger verteilt.

Pro Stunde bringt es eine bäuerliche AK auf einen Stundenlohn von 9,60 Euro; im Schnitt der vergangenen 5 Jahre und abzüglich Sozial- und Transferleistungen 2,80 Euro; Marktfruchtbetriebe liegen bei 20 Cent/h, Bio-Marktfruchtbetriebe bei 9 Euro.

In schlechten Jahren bleibt bei einem Drittel der Ackerbaubetriebe unterm Strich kein Einkommen, bei Milch sogar bei drei Viertel. Die Betriebsgröße spielt dabei eine untergeordnete Rolle, die Betriebsleiterfähigkeit sei die entscheidende Größe, so Leopold Kirner von der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik.

Sowohl Resl als auch Kirner bezeichnen die Situation auf den heimischen Betrieben als angespannt, „düster“ nennt es Resl, „sehr gemischt und durchwachsen“ Kirner.

100 Millionen an Landwirte

Das war die Nachricht am Morgen des 13. November im ORF. Grundlage war eine Aussendung des Landwirtschafts- und Tourismusministeriums. Daraus ein paar Fakten:

Ausgezahlt wurden an CoV-Wirtschaftshilfen via Härtefallfonds, Umsatzersatz und Ausfallsbonus 60,3 Millionen Euro, und via Verlustersatz gab es 42,6 Mio. Euro für von der Pandemie indirekt betroffene Betriebe. Macht zusammen 102,9 Millionen Euro.

Von Härtefallfonds, Umsatzersatz und Ausfallsbonus profitierten 6764 Betriebe. Verlustersatz erhielten 4.579 Schweinezüchter (28,2 Mio. Euro), 1.131 Kartoffelbauern (4,6 Mio. Euro), 350 Eierzeuger (5,1 Mio. Euro) und

159 Winzer (4,7 Mio. Euro), sind in Summe 6219 Betriebe. Zum Vergleich: Stand September 2021 gab es in Österreich 155.900 landwirtschaftliche Betriebe. Das heißt, dass nur etwa einer von zwölf Betrieben an dem Kuchen von 102 Millionen Euro mitmachen konnte, die große Masse ging also leer aus.

Natürlich ist das oberste für die Landwirtschaft zuständige Ministerium daran interessiert, seine Leistungen und Aktivitäten möglichst positiv darzustellen. Die Fakten stimmen, aber der erzeugte Eindruck nicht. „Die Landwirtschaft“ ist in Realität eine Minderheit der aktiven Landwirte. Auch wenn die Fakten richtig aus der Aussendung zi-

tiert wurden – die transportierte Nachricht war irreführend. Denn obwohl ein großer Teil der Bauern ums wirtschaftliche Überleben kämpft, entsteht beim ORF-Medienkonsumenten der Eindruck des Subventionen jagenden Bauern. Sowohl ein Bauer als auch ein Bürger dieser Republik darf sich vom reichweitenstärksten Medium mehr verantwortungsbewussten Journalismus erwarten. Oder ist der ORF zum plumpen Sprachrohr der Regierung verkommen? Sind dem ORF Gender-Wahn und polit-korrekt Sprechen wichtiger als gutes Deutsch und gute journalistische Praxis als Basis für fundierte Meinungsbildung?

UBV-Studienreise nach Polen

11. - 14. April 2022

Programm

1. Tag, Montag, 11. April 2022

- Abfahrt frühmorgens ab Wels (Zustiegstellen entlang der Route)
- Fahrt nach Polen (Linz–Krakau: ca. 650 km), Mittagessen entlang der Strecke (fakultativ)
- Treffen mit der einheimischen, deutschsprachigen Reiseleitung und Stadtrundgang durch die Innenstadt Krakaus. Krakau ist eine der wenigen polnischen Großstädte, die weitgehend von den Kriegszerstörungen verschont blieb.
- Besichtigung der Marienbasilika. Die Marienkirche, erbaut im gotischen Stil, ist eines der Wahrzeichen von Krakau.
- Abendessen und Nächtigung in Krakau

2. Tag – Dienstag, 12. April 2022

- Treffen mit Vertretern der Landwirtschaftskammer oder des Bauernverbandes – Vortrag über die Landwirtschaft in Polen und Möglichkeit zur Diskussion.
- Mittagessen
- Besichtigung eines Ackerbauzentrums im Umland von Krakau. Im Ackerbauzentrum werden Weizen, Gerste, Hafer, Futterrüben und verschiedene Futtergräser ange-

baut. Die Anlage verfügt über ein eigenes Forschungslabor.

- Abendessen und Nächtigung in Krakau

3. Tag, Mittwoch, 13. April 2022

- Besichtigung eines gemischten landw. Betriebes. Auf dem 1017 ha großen Betrieb sind etwa 70 Mitarbeiter beschäftigt. Die Produktionszweige umfassen Rinderzucht, Milchwirtschaft, Fischzucht, Getreide- und Sojaanbau.
- Mittagessen
- Besichtigung der Salzmine in Wieliczka. Sie repräsentiert Tradition und Geschichte aus mehreren Jahrhunderten und ist eine unterirdische Stadt mit einer ausgebauten Infrastruktur. Die Salzmine ist ein Ergebnis vieler Generationen von Bergleuten und ein Denkmal der Geschichte Polens sowie der polnischen Nation. Besucher können auf einem geführten Rundgang die imposanten Salzstatuen bewundern und auch die Kapelle und einen unterirdischen See besichtigen.
- Abschiedsessen in einem traditionellen Wirtshaus mit Folklore-Musik
- Nächtigung in Krakau

4. Tag, Donnerstag, 14. April 2022

- Besichtigung eines Milchviehbetriebes entlang der Strecke
- Mittagessen
- Heimreise, Ankunft am späten Abend

Programmänderungen vorbehalten

Leistungen

- Rundreise im Reisebus lt. Programm (inkl. MwSt., Mauten, Steuern und Gebühren im In- und Ausland)
- 3 x Nächtigung/Frühstück im Novotel Krakau City West
- 3 x Mittagessen, 3 x Abendessen
- Gebühren für die landw. Betriebsbesichtigungen
- Einheimische, deutschsprachige Reiseleitung

Preis pro Person ab
25 Reiseteilnehmer: 720 Euro
Einzelzimmerzuschlag: 130 Euro

Anmeldeschluss: 14. Februar 2022

Buchung unter
0650 26 24 245 oder office@ubv.at



1 MONAT KOSTENLOS PROBELESEN

Auch in bewegten Zeiten informiert bleiben!
Das *Landwirtschaftliche Wochenblatt* berichtet kompakt und frei von jeglicher politischen Einflussnahme über Fakten und Neuerungen aus Agrarpolitik, Betriebsführung, Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und den Märkten.

Jetzt Gratis-
Monat sichern
auf *wochenblatt.*
dlv-shop.de/at

Landwirtschaftliches **Wochenblatt**

für das Leben auf dem Land. Seit 1810.



ie:
st aus Biogas
Mineraldünger

Aroniabeeren:
Von der Nische zum
Betriebsschwerpunkt

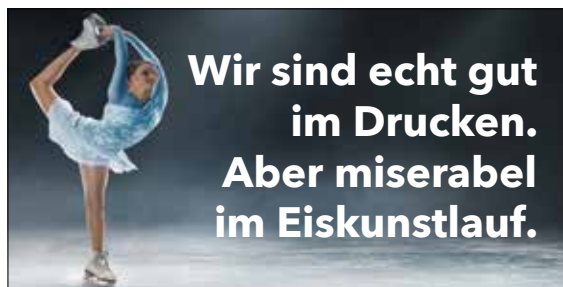
Kartoffelrezepte:
Traditionell und
modern interpretiert

212316 NVV

Landwirtschaftliches 
Wochenblatt

www.wochenblatt.dlv-shop.de/at

Bezahlte Anzeige



Wir sind echt gut
im Drucken.
Aber miserabel
im Eiskunstlauf.



 **RehaDruck**
sozialfair

Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH

Viktor-Franz-Straße 9 | A-8051 Graz

T (0316) 68 52 55 | rehadruck@rehadruck.at | www.rehadruck.at

Ihr Recht ist uns wichtig!

Wenn Sie ein Rechtsproblem haben: Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte. Dazu eine Bitte: Rechtzeitig Kontakt aufnehmen, nicht erst wenn der Prozess schon fast verloren ist. Und noch ein heißer Tipp: Schließen Sie eine Rechtsschutzversicherung ab! Dann ist Ihr Recht in sicheren Händen.

Weitere Infos unter office@ubv.at oder **0650 2624245**

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at

Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach; Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratsal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedernsill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes; Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, office@ubv.at. Redaktion: Dr. Rudolf Hönle, Kadettengasse 29, 8041 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden?

Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing, Sanierung bietet

Finanzmanagement

Tel: +43 677-6120 1934

Kredite privat und gewerblich ab 0,5 % p.a. variabel,
abhängig von der Bonität

MZ 02Z030371 M P.b.b.
Verlagspostamt: 8000 Graz

Retouren bitte an:

Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting